



Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.

www.frsh.de

Presseerklärung

Kiel, 11.7.2021

Notruf der afghanischen Regierung an Europa!

Flüchtlingsrat SH fordert landeseigenen Afghanistan-Abschiebungsstopp

Der [Deutschlandfunk](#) meldet, die afghanische Regierung rufe europäische Staaten dazu auf, Abschiebungen in das Land auszusetzen. In einer Erklärung des zuständigen Ministeriums in Kabul heiÙe es, wegen der zunehmenden Gewalt der radikalislamischen Taliban und angesichts steigender Corona-Infektionszahlen sei die Rückführung abgelehnter Asylbewerber ein Grund zur Beunruhigung.

Seit dem vollzogenen Abzug von Nato-Truppen aus dem Land am Hindukusch eskaliert die Gewalt zwischen der afghanischen Armee auf der einen Seite und den Taliban und anderen islamistischen Aufständischen auf der anderen. Dass die sich schon als Brandbeschleuniger in Nordsyrien und in Libyen betätigende [Türkei](#) damit liebäugelt, in die von den US- und europäischen Truppen hinterlassene Lücke zu stoÙen, lässt nichts Gutes ahnen. Alle ausländischen Soldaten würden wie Besatzungstruppen behandelt, verlauten die Taliban. Nach unterschiedlichen Meldungen sind schon 50 bis 85% des Landes nicht mehr unter Regierungskontrolle, sondern im Einfluss der Aufständischen.

„In dieser Situation bedeuten Abschiebungen von afghanischen Geflüchteten aus Deutschland, sie sehenden Auges in Gefahren für Leib, Leben und Freiheit auszuliefern“, mahnt Martin Link, Geschäftsführer beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. Mit Blick auf die in Afghanistan einmal mehr zunehmende Fluchtbewegung würden Abgeschobene allenfalls in die Drehtür erneuter Versuche, den im Lande herrschenden Todesgefahren und Überlebensnöten zu entkommen, geschickt.

Die in Afghanistan herrschenden [Rückkehrgefährdungen](#) sind Bund und Ländern längst bekannt. Doch auch aus Schleswig-Holstein soll abgeschoben werden. Jüngst konnte der Versuch der Abschiebung eines jungen afghanischen Mannes aus Lübeck nur durch die beherzte Intervention des Gerichts unterbunden werden.

„Der Flüchtlingsrat fordert die Landesregierung Schleswig-Holstein auf, umgehend einen landeseigenen Abschiebungsstopp zugunsten afghanischer Ausreisepflichtiger zu erlassen“, erklärt Martin Link. Anstatt Abschiebungen zu planen, sollte, so der Flüchtlingsrat, ein Programm zur nachhaltigen Integration und dauerhaften Bleiberechtssicherung für afghanische Geflüchtete aufgelegt werden.

Martin Link